

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Anhörung zu Entwürfen eines Psychriegesetzes

In einer öffentlichen Anhörung vor dem Sozialausschuß des Landtages hat der Präsident der Ärztekammer Schleswig-Holstein, Dr. Gerd Iversen, zu Entwürfen der Landesregierung und der SPD für Gesetze über die Hilfe für psychisch Kranke Stellung genommen. Dr. Iversen begrüßte den Regierungsentwurf mit der Einschränkung, daß im Text Begriffe aus dem Strafrecht verwendet würden. Den Entwurf der SPD-Fraktion lehnte Dr. Iversen insgesamt ab, weil durch ihn offenbar der Einfluß der Psychiater zugunsten anderer Berufsgruppen (Psychologen) gemindert werden solle. Auch andere ärztliche Sprecher lehnten insbesondere die Einführung eines Patientenanwalts für psychisch Kranke ab, wie sie in dem SPD-Entwurf vorgesehen ist. Diese Kritik äußerten unter anderem Vertreter der beamteten Nervenärzte und der Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst. Der Sprecher der Gesellschaft Sozialpsychiatrie verlangte dagegen, jedem psychisch Kranken einen Rechtsanwalt beizugeben, und forderte die Einrichtung eines sozialpsychiatrischen Dienstes für je 50 000 Bewohner des Landes. yn

AOK attackiert Ersatzkassen/KBV-Vertrag

Die Vertreterversammlung des Landesverbandes der Ortskrankenkassen Schleswig-Holstein sieht die Konzertierte Aktion zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen durch die zwischen den Ersatzkassenverbänden und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung vereinbarte Honorarerhöhung zum 1. Januar 1979 stark gefährdet. In einer Resolution der Vertreterversammlung des LdO wird „im Interesse der Funktionsfähigkeit der Konzertierte Aktion für den Gesamtbereich der ambu-

lanten ärztlichen Versorgung“ die Erwartung ausgesprochen, daß die zuständige Aufsichtsbehörde diesen Vertragsabschluß zwischen Ersatzkassen und Kassenärzten überprüft. Nach Ansicht der LdO-Vertreter beweist „das unsolidarische Vorgehen der Ersatzkassen, daß die für das Funktionieren des gegliederten Systems der sozialen Krankenversicherung notwendige Chancengleichheit gesetzlich geregelt werden muß“. Besorgt zeigte sich der LdO auch über die Entwicklung der Kosten für die Krankenhauspflege. Die Delegierten vertraten die Meinung, daß zu einer Dämpfung der Kosten die Orientierungsdaten der Konzertierte Aktion bei der Erhöhung von Pflegesätzen der Krankenhäuser konsequent berücksichtigt werden müßten. Schließlich appellierten die LdO-Vertreter an den Gesetzgeber, dafür zu sorgen, daß Krankenhausbedarfspläne nur noch im Einvernehmen mit den Krankenkassen aufgestellt werden. yn

NORDRHEIN-WESTFALEN

Fortbildungsprogramm für Westfalen-Lippe

Die Akademie für ärztliche Fortbildung der Ärztekammer Westfalen-Lippe hat den 16 000 Ärzten ihres Bereiches das Programm für die Fortbildungsveranstaltungen des ersten Vierteljahres 1979 zugesandt.

Zu sechs Schwerpunktthemen findet im Durchschnitt alle zwei Wochen eine Fortbildungsveranstaltung statt.

Das Heft enthält auch die Fortbildungsveranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit der Universität Münster oder mit anderen ärztlichen Organisationen veranstaltet werden, sowie eine Vorschau auf die für das ganze Jahr 1979 geplanten Veranstaltungen.

In der Broschüre weist der Vorstand der Akademie für ärztliche Fortbildung noch einmal darauf

hin, daß die Akademiemitglieder sich im Mitgliedsausweis nicht nur die Teilnahme an Veranstaltungen der Akademie, sondern auch an anderen Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Ärztekammer Westfalen-Lippe und auch an den Fortbildungskongressen der Bundesärztekammer testieren lassen können. ÄP-WL

Eine Nachwuchskraft auf je vier Pflegepersonen

Nach einer Aufstellung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik standen Anfang 1978 rund 21 800 Personen in Ausbildung zu einem Pflegeberuf. Auf je vier der 78 500 in der Krankenpflege Beschäftigten entfiel damit eine Nachwuchskraft.

Von der Gesamtzahl des Pflegepersonals (darunter 66 900 Frauen) waren 50 Prozent Krankenschwestern, 9 Prozent Krankenpfleger, 8 Prozent Kinderkrankenschwestern und 17 Prozent Krankenpflegehelfer oder -helferinnen. LDS

BERLIN

8500 Abbrüche im Jahr 1977

Insgesamt 16 500 Geburten stehen in der geburtshilflichen Statistik des Landes Berlin für das Jahr 1977 rund 8500 Abtreibungen gegenüber. In 69 Fällen (0,8 Prozent) kam es zu lebensbedrohlichen Komplikationen.

Aus einer Antwort des Senats auf die Anfrage der CDU-Abgeordneten Gabriele Wichatzek geht hervor, daß das Statistische Bundesamt etwa 4000 Aborte weniger registrierte als die Landesgesundheitsbehörde. Auch in West-Berlin tragen die Frauen, die ihr Kind nicht austragen wollen, überwiegend soziale Gründe für ihren Entschluß vor; erfolglose Wohnungssuche spielt dabei eine große Rolle. zel